

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 7

Artikel: Genf : die Sozialisten an der Macht
Autor: Nicole, Léon
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332452>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sinn für eigene Haltung und Würde nicht verlorengegangen ist, daß die Grundgedanken unserer staatlichen Existenz viel tiefer verwurzelt sind, als wir nach einer trüben Epoche der Nachäffung einer antimarxistischen Hetze hoffen durften, werden wir als mit einem festen Faktor rechnen dürfen; es wird unsere eigene Aktion gewaltig erleichtern, wenn wir wissen, daß wir es in diesen Dingen nicht mit einem innerlich verfaulten, sondern einem achtbaren Gegner zu tun haben. Das wird es auch leichter machen, zu Ende zu führen, was begonnen wurde: Das völlige Verbot der ausländischen politischen Parteiorganisationen auf unserm Boden und die schärfere Kontrolle der Außenpolitik des Bundesrates. Das Allermindeste ist nun, daß wir vom Bundesrat konsequent die Aufhebung jener Organisationen verlangen, die heute unvergleichlich viel gefährlicher geworden sind als der verbotene Jesuitenorden, und daß wir an der Forderung der Schaffung einer parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten trotz aller Rabulistik des Herrn Motta festhalten.

Sind wir in diesen Fragen klar, dann versteht auch das Volk, daß wir unsern Anteil an der Regierung deswegen verlangen, weil es ein Programm durchzuführen, nicht, weil es einzelnen Personen zu dienen gilt. Wir werden in den Bundesrat nur einziehen können und von uns aus einziehen dürfen, weil ein Programm es verlangt, das im Volke Vertrauen findet, und weil wir die Partei sind, die dieses Programm logisch verfechten muß. Wird man uns dann den Eintritt verweigern, weil kurzsichtige Parteiherrschaft über die Notwendigkeiten des Landes gestellt wird, dann wird das Volk auch verstehen, daß wir nun ernst machen müssen mit der alten Forderung der Volkswahl des Bundesrates. Sie erhält nun ihre sittliche Berechtigung; und diese wird sie zum Siege tragen, wenn der Gedanke überhaupt einmal siegen soll.

Genf - Die Sozialisten an der Macht

Von Léon Nicole.

Am 9. November 1932 riefen die Genfer Faschisten mit Georges Oltramare als Führer zu einer öffentlichen Protestversammlung auf gegen die sozialistischen Nationalräte Jacques Dicker, Parteipräsident, und Léon Nicole, Chefredakteur des »Travail«.

Darauf beschlossen die Genfer Sozialdemokraten, ihre Mitglieder zur Teilnahme an dieser öffentlichen Versammlung aufzufordern.

Die Sozialisten und Kämpfer der Arbeiterorganisationen ärgerten sich über den Polizeikordon, der zur *Säuberung* der Teilnehmer an dieser öffentlich angekündigten Protestversammlung gegen Dicker und Nicole aufgeboten worden war. Es gab verschiedentlich ein unbedeutendes Gedränge, aber dann gab der Chef des Justiz- und Polizeidepartementes, Herr Frédéric Martin, einer in Bereitschaft gehaltenen Rekrutenschule Befehl zur Säuberung der Straße. Die jungen Leute

hatten keinen Erfolg und wurden zurückbeordert. Ohne irgendwelche Mitteilung wurde das Feuer auf die Versammlung eröffnet, welche durch die Rue de Carouge zurückdrängte bis zum Palais des Exposition, wo sich die Soldaten wieder gesammelt hatten.

Dreizehn durch das Maschinengewehrfeuer Getötete lagen auf dem Pflaster, und es gab 65 Verletzte.

Die beschossenen Versammlungsteilnehmer wurden gerichtlich verfolgt, die Schützen aber blieben unbehelligt.

Etwa 50 Sozialisten und Gewerkschafter wurden in Haft genommen und dann zum größten Teil nach einigen Stunden, Tagen oder Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt. Andere wurden vor Bundesassisen geführt und zu 2 bis 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 17. Oktober 1933 verließ Schreiber dieses das Gefängnis von St-Antoine, wo er, durch die Bundesassisen als der »Hauptschuldige« verurteilt, seine Strafe abgesessen hatte. Noch am gleichen Abend füllte eine gewaltige Zuhörermenge den Gemeindesaal von Plainpalais, und nur ein kleiner Teil fand Platz, trotzdem die Stühle fortgeschafft worden waren.

So begann eine Wahlkampagne, wie sie in den letzten 50 Jahren in Genf nicht ihresgleichen hatte.

Die Großratswahlen fanden am 4. und 5. November 1933 nach dem Proporz statt.

Die Sozialisten gewannen 8 Sitze, stiegen damit von 37 auf 45 von 100, die 55 übrigen Sitze wurden folgendermaßen unter die bürgerlichen Parteien verteilt:

19 Radikale;

14 Konservative der Richtung des »Journal de Genève«;

13 christlichsoziale Konservative;

9 Mitglieder der faschistischen Union nationale, Gruppe Georges Oltramare.

Dieses Ergebnis wurde mit gutem Recht als öffentliche Verurteilung der Urheber jener Metzelei vom November 1932 und als glänzende Rechtfertigung der Opfer sowie der durch Bundesassisen Verurteilten betrachtet.

Drei Wochen später fanden die Staatsratswahlen statt, nach dem Majorz. Die Sozialisten stellten vier von sieben Kandidaten, unsere Kameraden Naine, Braillard, Ehrler und Nicole, alles neue Kandidaten, welche nie dem Staatsrat angehört hatten. Die vier bürgerlichen Parteien stellten eine gemeinsame Liste von fünf Kandidaten auf. Allerdings vermieden sie es, irgendein Mitglied der faschistischen Union nationale, der Urheberin der blutigen Provokation vom 9. November 1932, auf ihre Liste zu setzen. Bürgerliche Kandidaten waren:

Für die Radikalen die Herren Paul Lachenal und Desbaillets, frühere Staatsräte, denen Herr Casaï als neuer Kandidat angefügt wurde; für die Konservativen des »Journal de Genève« Herr Picot, gewesener Staatsrat. Der zurückgetretene Staatsrat Frédéric Martin wurde nicht wieder portiert. Für die christlichsozialen konservativen Katholiken Herr Berra, neu. Die faschistische Union nationale ließ

ihren Vertreter, den zurücktretenden Staatsrat Edmond Turrettini, fallen, ebenso die Radikalen den zurücktretenden Antoine Bron, welcher durch gewisse Geschichten kompromittiert war.

Die Majorzwahlen ergaben die folgenden Resultate (in Genf gilt ein Staatsrat im ersten Wahlgang als gewählt, wenn er im Minimum ein Drittel der abgegebenen Stimmen erreicht):

Name	Partei	Stimmenzahl
Naine Albert	Sozialist	19,846
Lachenal Paul	Radikaler	19,614
Picot Albert	Konservativer	19,588
	»Journal de Genève«	
Braillard Maurice	Sozialist	19,585
Nicole Léon	Sozialist	19,305
Ehrler André	Sozialist	19,204
Casaï Louis	Radikaler	18,218

In bezug auf diese Wahl muß gesagt werden, daß die vier sozialdemokratischen Kandidaten gewählt wurden gerade dank einem heftigen und giftigen Kampf, der zugunsten einiger bürgerlicher Kandidaten gegen die übrigen geführt wurde. Die Radikalen strichen den christlichsozialen und klerikalen Berra und die Christlichsozialen strichen Herrn Desbaillets, der wegen seiner Zugehörigkeit zu ländlichen Kreisen gefährdet schien. Diese Machenschaften im Innern der bürgerlichen Koalition waren — ich betone es noch einmal — die Ursache zur Wahl der vier Sozialisten.

*

Die Lage der neuen Regierung mit einer sozialistischen Mehrheit schien sogleich besonders schwierig, um nicht zu sagen unentwerrbar. Sie stand einer Gruppe von 55 Abgeordneten gegen 45 ihr günstig gesinnter Großräte gegenüber. Sie hatte gegen sich ein finanzielles Defizit von über 8 Millionen im Jahr sowie Staatsschulden von 200 Millionen, denen keine Aktiven gegenüberstanden. Sie hatte gegen sich den offensichtlich bösen Willen der Bundesbehörden und der Privatbanken. Sie hatte ferner gegen sich die gesamte bürgerliche Presse und den bürgerlichen Informationsdienst der ganzen Schweiz. Sie hatte endlich gegen sich eine noch nie dagewesene Volkswirtschaftskrise, die sich nur verschärfen konnte.

Der neue Staatsrat hat sich trotzdem unverzüglich und mutig an seine Aufgabe gemacht. Die ersten Entschlüsse bestanden in der Entfernung unlauterer Elemente aus der Polizeidirektion, welche für eine Reihe wissentlich gefälschter Berichte an die Bundespolizei verantwortlich waren und Einfluß auf den Entscheid des Schweizerischen Militärdepartementes anläßlich der Mobilisierung einer Rekrutenschule gegen die Genfer Arbeiter gehabt hatten. Der Generalsekretär des Justiz- und Polizeidepartementes wurde versetzt, der auf faschistischen Reihen stammende Polizeikommandant, der drei Wochen vor der Wahl der neuen kantonalen Regierung eingesetzt worden war, wurde entlassen. Der Polizeidirektor wurde ins Unterrichtsdeparte-

ment, das er verlassen hatte, zurückversetzt, ein mit besondern politischen Aufgaben betrauter Polizeioffizier wurde zum Rücktritt gezwungen.

Der Staatskanzler wurde ebenfalls zum Rücktritt veranlaßt und durch einen Sozialisten ersetzt, den noch jungen, 33jährigen Louis Soldini, der sich mit Feuereifer ans Werk der Reorganisation der kantonalen Verwaltung gemacht hat, die dessen dringend bedurfte.

*

Der erste große Widerstand, auf den man stieß, war finanzieller Art. Der Verfall von 10 Millionen Franken, für die im April 1924 sorgloserweise keine Deckung vorhanden war, machte einen Appell an die Banken nötig. Das »Journal de Genève« dachte, eine Regierung mit sozialistischer Mehrheit würde diese gefährliche Klippe nicht umsegeln können. Es hat sich geirrt. Ebenso hatte der Große Rat über eine von der neuen Regierung vorgeschlagene Steuerrevision zu verhandeln. Er verweigerte mehrheitlich das Eintreten auf die Frage. Daraufhin erließ die Genfer Sozialistische Partei eine Initiative betreffend Revision des Steuergesetzes im Sinne einer Steuererhöhung der bevorzugten Klassen. Diese Initiative wurde am 18. November mit 23,442 gegen 13,328 Stimmen verworfen.

Indessen wurde die finanzielle Lage immer ernster. Trotzdem in ähnlicher Lage dem Kanton Neuenburg eine bedeutende Hilfe seitens des Bundes gewährt worden war, wollte der Bundesrat von einer ähnlichen Hilfe an Genf nichts wissen. Die Genfer Staatskasse war nicht imstande, ihren Verpflichtungen im November 1934 nachzukommen. Der Staatsrat beschloß mehrheitlich, die verfügbare Summe in allererster Linie zur Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung und für die Löhne der beschäftigten Arbeitslosen zu verwenden. Der Restbetrag wurde zur Ausrichtung eines Vorschusses von je Fr. 200.— an alle Beamten und Angestellten verwendet, ganz ohne Rücksicht auf deren Stellung innerhalb des Staates.

Der Staatsrat beschloß im weitern, sich nicht an die Zurückweisung eines Gesetzentwurfes bezüglich einer wirksamen Steuerkontrolle durch den Großen Rat zu kehren. Unser Kamerad Naine erklärte in bezug darauf im Großen Rat, daß er verpflichtet sei, ein durch das Volk angenommenes Steuergesetz in seiner Eigenschaft als Amtsperson in gleicher Weise für alle anzuwenden und also auch verpflichtet, jedes Mittel zur Vermeidung von Steuerhinterziehung zu versuchen, und zwar durch einfachen Beschluß des Staatsrates, falls der Große Rat dazu zu schwach sein sollte.

Der Staatsrat präsentierte denn auch ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 1935, abgesehen von der Amortisierung der Staatsschuld. Die Ausgeglichenheit des Budgets wurde erreicht durch energische Abstriche in den kostspieligen Zweigen der Verwaltung und durch einen wohlüberlegten und tragbaren Lohnabbau, dessen Schema hier folgt. Der Leser mag sich dazu seine Gedanken machen, immerhin möchten wir bemerken, daß der für 3 Jahre in Genf beschlossene Lohnabbau dem allgemein vorgenommenen und von den interessierten Gewerk-

schaften genehmigten Gehaltsabbau des Bundespersonals nicht etwa vorausging, sondern nachfolgte.

Der prozentuale Lohnabbau.

Gehalt	Ledige	Verheiratete	Verheiratete m. Unterhaltspflicht
3,000.—	1,66	—	—
3,500.—	2,85	1,42	—
4,000.—	3,75	2,50	1,25
4,500.—	6,66	5,55	4,44
5,000.—	7	6	5
5,500.—	8,18	7,27	6,36
6,000.—	8,33	7,50	6,66
7,000.—	10	9,28	8,57
8,000.—	10	9,37	8,75
10,000.—	12	10,60	9,20
12,000.—	14,66	13,50	12,33
15,000.—	17,33	16,40	15,46
18,000.—	19,11	18,33	17,55

Diese unverzüglich ergriffenen Maßnahmen scheinen dem Kanton Genf etwas Kredit verschafft zu haben. Ende Dezember 1934 wurde es möglich, allen Verpflichtungen nachzukommen, sogar hinsichtlich der Staatsschuld, die seit dem November nicht verzinst worden war.

Das für 1935 vorgelegte ausgeglichene Budget wird durchgehalten werden, trotz erhöhten Ausgaben von über anderthalb Millionen Arbeitslosenunterstützung, und zwar dank der Steuerkontrolle, die dem Staat, trotz der in Genf eher noch schlimmeren Krise als anderswo, mehr als 2 Millionen über die budgetierte Summe hinaus einbrachte.

Das parlamentarisch noch nicht erledigte Budget für 1936 wird bis etwa auf ein bis anderthalb Millionen Franken ausgeglichen sein. Es umfaßt außer schweren Leistungen für die Verzinsung der Staatsschuld die Totalausgaben für die Arbeitslosenunterstützung, inbegriffen die vorgesehene Summe für Hilfsarbeiten, so u. a. die Flußkorrekturen der Aire und Drize, welche auf etwa 3 Millionen devisiert sind, sowie der Straße Genf—Lausanne, die etwa eine Million kosten wird.

Aber es muß hinzugefügt werden, daß die Krise der Ueberkapitalisierung, der wir gegenwärtig unterliegen, eine Erleichterung der Ausgaben des Staates Genf in bezug auf die Staatsschulden notwendig macht. Falls wir auf dieses Mittel verzichten, wird der Staat Genf sogleich wieder in die Defizitwirtschaft hineingeraten und dem Zusammenbruch entgegengehen. Die gleiche Situation finden wir übrigens in der Mehrzahl der Kantone und schweizerischen Gemeinden. Auch Bund und Bundesbahnen haben das Bedürfnis nach Erleichterung im Zinsendienst. Die schweizerische Landwirtschaft und zahlreiche andere Zweige der Volkswirtschaft leiden an demselben Uebel. Die Konversierung der Schulden ist heute eine dringende Notwendigkeit geworden.

*

Die Genfer Sozialdemokratische Partei trägt heute eine gewaltige Verantwortung, so schwerer Art, daß man das Recht zur Frage hat, ob sie nicht besser getan hätte (mangels einer sozialistischen Mehrheit im Großen Rat), der Genfer bürgerlichen Partei die Befreiung aus dieser verwickelten Lage zu überlassen, in die sie durch Unfähigkeit und die gegenwärtig herrschende wirtschaftliche Krise geraten war.

Wir aber glauben, daß diese Handlungsweise und der Verzicht auf die mit der Regierung verbundene Verantwortlichkeit gleichbedeutend mit einem Verrat an den Aufgaben der Genfer Sozialdemokratischen Partei gewesen wäre. Sie war es sich selber, sie war es ebenso der durch sie vertretenen Arbeiterschaft schuldig, tapfer den Platz im Rathaus einzunehmen, welcher ihr von den Genfer Wählern zugewiesen worden ist.

Man mußte befürchten, daß unter so besonders schwierigen Verhältnissen die Genfer Sozialdemokratische Partei das Vertrauen eines Teils der Wählerschaft verlieren würde. Und wirklich hat man beobachten können, daß die Genfer Sozialdemokratische Partei bei Volksbefragungen nicht mehr die großen Stimmenzahlen wie im Jahre 1933 hinter sich gehabt hat. Aber man muß auch die ungewöhnlichen Umstände kennen. Die Wahlen von 1933 waren ein Protest von Leuten, die sich für gewöhnlich den politischen Kämpfen fern halten, ein Protest gegen die Anwendung von Maschinengewehren durch die frühere Regierung. Das bedeutete durchaus nicht, daß die Bevölkerung von Genf sich nun auf einmal überwiegend für den Sozialismus ausgesprochen hätte. Zum richtigen Vergleich müssen wir vielmehr zwei Wahlgänge heranziehen, welche außerhalb der Ereignisse von 1932 liegen. So brachte im Jahre 1931 die Sozialdemokratische Partei für die Nationalratswahlen 10,593 Stimmen auf, dazu 263 kommunistische Stimmen. Im Oktober 1935 zählten die beiden vereinigten Arbeiterparteien 13,275 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten und 692 Stimmen für die Kommunisten, im ganzen 13,967 Parteilisten.

Das, was politisch gesehen die Genfer Sozialdemokratische Partei bedrohte, war die Bildung einer heftigen Oppositionspartei zur Linken, geschaffen von den Kommunisten. Nun, diese Gefahr ist behoben. Die Genfer Kommunistische Partei verfolgt ziemlich genau die gleiche Politik wie die französischen Kommunisten. Sie unterstützt in Genf die Maßnahmen der in der Mehrheit sozialdemokratischen Regierung und hilft tatkräftig mit am Kampfe gegen die Reaktion von rechts.

Die Beziehungen zu den gewerkschaftlichen Organisationen sind bessere, als sie vor dem Regierungsantritt der Sozialisten waren. Gegenwärtig sind sie ganz ausgezeichnet. Kein einziger Regierungsbeschluß in bezug auf die Arbeitergewerkschaften wird gefaßt, ohne daß eine vorherige Verständigung mit den Gewerkschaftsvertretern stattfindet. Auf diese Weise war eine erfolgreiche Intervention der Kantonsregierung zugunsten der Straßenbahner (Privatgesellschaft) im Lohnkonflikt möglich, ebenso in dem der Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter und der Metallarbeiter.

Die in der Mehrheit sozialdemokratische Regierung versucht ihre

Wirkung auf alle Gruppen des Wirtschaftslebens auszudehnen, soweit sie die Gesamtheit der Arbeiter vertreten, ob es nun den Handel (der Restaurations- und Kaffeehausbetrieb seien besonders erwähnt) oder ob es den Handwerker- oder Bauernstand betrifft.

Die Beziehungen zwischen Regierung und Landwirtschaftskammer sind sehr gute. Dank wiederholt gepflogener Verhandlungen mit Vertretern der Landwirtschaft und des Gemüsebaues war die Kantonsregierung in der Lage, sich eine gerechte und vernünftige Meinung im Zonenkonflikt zu bilden und den obersten Bundesbehörden eben jetzt eine Anregung zur Revision der Angelegenheit zu unterbreiten.

Diese Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Regierung in Genf haben vor allem das freudige Ergebnis gezeitigt, daß die Arbeiterklasse Vertrauen zu ihren Fähigkeiten in der Leitung öffentlicher Angelegenheiten gewonnen hat.

Ueberall bei der anständigen Bevölkerung Genfs hört man die Anerkennung, daß etwas im Rathaus anders geworden sei. Dort sitzen jetzt Beamte, welche sich um die Fragen des Staates sorgen und nicht um ihre Privatinteressen. Ihre innere Einstellung, namentlich auch die der Polizeiorgane, richtet sich nach dem Satz, daß die Verwaltung die Dienerin des Volkes ist und nicht das Volk die Dienerin der Verwaltung.

Was auch kommen mag und wie die Ereignisse von morgen sein werden, die Genfer Sozialdemokratische Partei darf mit Stolz auf diese drei Jahre kantonaler Regierung mit sozialdemokratischer Mehrheit zurückblicken, und wir glauben, daß diese Erfahrung, wenn sie zur Genüge bekannt wird, der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei erhöhtes Vertrauen in ihre Aufgabe als Befreierin der arbeitenden Bevölkerung zu geben vermag.

Ist die Schrumpfung des Inlandmarktes unvermeidlich?

Von Eugen Steinmann.

Die Krise ist bekanntlich vom Ausland her über die Schweiz hereingebrochen. Ein stark exportorientiertes Land ist bis zu einem gewissen Grad dem Wohlwollen des Auslandes ausgeliefert und kann sich mit der klügsten Politik nicht absolut vor Krisen schützen. Wenn es dem Ausland nicht mehr beliebt oder nicht mehr möglich ist, unsere Produkte abzukaufen, ist eine gewisse Schrumpfung unserer Außenwirtschaft unabwendbar. Die kühnsten Erwartungen von einer Exportförderungspolitik dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in absehbarer Zeit unmöglich sein wird, allen etwa 60,000 bis 80,000 arbeitslosen Exportarbeitern (eingerechnet Teilarbeitslosigkeit und Kurzarbeit) von der Außenwirtschaft her wieder Arbeit zu verschaffen. Es wird daher auf Jahre hinaus mit einer gegenüber früher geschrumpften Außenwirtschaft zu rechnen sein. Die Frage des Verhältnisses zwischen Außen-